

# Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

## Aktion gegen Jelinek

Am Samstag, dem 12. November 2016, um 19 Uhr entschlossen sich identitäre Aktivisten spontan, ein Zeichen gegen das Jelinek-Stück „Die Schutzbefohlenen“ in Villach zu setzen. Die Aktivisten sahen nämlich in der Vorführung von Elû Jelineks Stück „Die Schutzbefohlenen“ eine Verhöhnung der Österreicher. „Jelinek ist eine von Haß getriebene Person“, lautete die Stellungnahme der Identitären Bewegung (IB).

Die Frau selbst sagt, daß sie von einem tiefen Haß auf Österreich getrieben sei. Von öffentlichen Stellen wird das zeitgeistige Stück hofiert und gefördert. Und das, obwohl das Machwerk Teil einer heuchlerischen Kampagne zur Öffnung der Grenzen ist. Identitäre Aktivisten wollten dieses Treiben nicht unkommentiert lassen und beschlossen deshalb spontan, die Besucher als das zu begrüßen, was sie seien: Heuchler! Denn echte Hilfe sehe anders aus. Das Postulat der Identitären lautet: „Wir fordern daher von den Politikern des Landes Kärnten und der Stadt Villach, statt linker Schuldkultur und Haßprojekten gegen die eigene Heimat lieber Vereine mit einem positiven Heimatbezug zu fördern.“

## Auf leere Inseln abschieben

Der tschechische Präsident Milos Zeman fordert, daß sämtliche Wirtschaftsmigranten von Europa in „leere Landstriche“ Nordafrikas oder auf „unbewohnte griechische Inseln“ abgeschoben werden. Der Aufschrei der Mainstream-Medien war groß, doch seine Thesen wurden nicht diskutiert oder gar abgedruckt. Eine zentrale These Zemans lautet: „Griechenland hat eine Menge unbewohnter Inseln und eine hohe Auslandsverschuldung. Wenn man also Hotspots auf griechischen Inseln hätte, wäre es ein Weg, um die Schulden abzubezahlen“. Zeman bezeichnete sich selbst als einen „Propheten“, der vor der Masseneinwanderung warne: „Erinnern Sie sich an das Schicksal der Kassandra, die vor dem Trojanischen Pferd warnte? Nun, sie lag richtig.“

## Gewalt gegen Lehrer

In Berlin ist die Zahl der Übergriffe auf Lehrer und sonstiges Schulpersonal im Schuljahr 2014/2015 gegenüber dem Vorjahr um dramatische 30 Prozent gestiegen. Die Schulen hätten 560 solcher Vorfälle gemeldet, heißt es. „Selbst jüngere Schüler machen vor

den Erwachsenen nicht halt: Betrachtet man diese Übergriffe nach Schulart, werden von den Grundschulen mit 57 Prozent die meisten Übergriffe auf Schulpersonal gemeldet, gefolgt von jeweils 20 Prozent aus Förderzentren und den Integrierten Sekundarschulen. Gymnasien und Berufliche Schulen spielen bei diesen Übergriffen kaum eine Rolle“, so berichtet der „Tagesspiegel“.

„In den letzten Jahren hat die Gewalt in der Schule deutlich zugenommen. Verbale Attacken oder tätliche Angriffe gegen Lehrerinnen und Lehrer kommen immer häufiger vor. Mir melden immer mehr Kolleginnen und Kollegen, daß sie verbal angegriffen oder bedroht wurden. Das ist nicht mehr reines Mobbing, sondern weitet sich inzwischen zu regelrechter Gewalt aus“, berichtet hingegen der ehemalige Leiter einer Gesamtschule und Betreiber des Info-Dienstes [www.tresselt.de](http://www.tresselt.de), Paul Tresselt, auf seiner Seite. Er berichtet davon, daß sich Lehrkräfte allerdings selten mit einer Anzeige gegen die Eltern (oder gegen den Schüler) wehren - selbst dann nicht, wenn es sich um einen körperlichen Angriff handele. „Wer macht das schon, wenn ihm die Kinder anvertraut sind. Ist das nicht auch ein Vertrauensbruch?“, so fragt Tresselt. Schon vor zwei Jahren warnte die GEW vor zunehmender Diskriminierung und Gewalt von Schülern gegenüber ihren Lehrern. „Wir sehen eine Zunahme von Fällen, von Beschimpfungen und Mobbing im Internet bis hin zu tätlichen Übergriffen“, sagte der Brandenburger Landesvorsitzende Günther Fuchs. „Wir beobachten, daß die Hemmschwelle sinkt, Verunglimpfungen von Lehrern nehmen besorgniserregend zu.“

## RELIGION UND POLITIK

Mit einem Essay hat Justizministerin Ayelet Shaked in Israel heftige Diskussionen ausgelöst. Sie plädiert darin für die Verschmelzung von Religion und Politik: Wenn der Staat jüdischer werde, werde er zugleich demokratischer. Shaked tritt für Reformen ein, die den Status als jüdischen Staat stärken sollen, so wie es im Nationalstaatsgesetz vorgesehen war. Damit sollte etwa das Arabische als zweite Amtssprache abgeschafft werden. Elemente des Glaubens sollten ihrer Ansicht nach ins Familien- und Einwanderungsrecht einfließen. Darüber hinaus plädiert Shaked in ihrem Aufsatz, den sie selbst als „Thatcherisches Manifest“ bezeichnet, für wirtschaftliche Deregulierung.

## Keine Rücknahmeabkommen

Abgelehnte Asylwerber oder kriminelle Ausländer aus nordafrikanischen Staaten wie Marokko können nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, weil Österreich, Deutschland und die EU keine „Rücknahmeabkommen“ mit den Ländern haben. Das bedeutet, daß diese Länder ihre Landsleute nicht mehr haben wollen und diese nicht mehr zurück nehmen, schon gar nicht, wenn diese straffällig geworden sind. FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl ärgert die Show-Politik von Außenminister Sebastian Kurz: „Der Herr Außenminister Kurz soll aufhören, durch deutsche Talk-Shows zu tingeln, sondern endlich Rücknahmeabkommen mit den Ländern vorzeigen, aus deren Staatsbürgern sich das Heer der abgelehnten Asylwerber zusammensetzt.“

---

## Das Establishment und seine gleichgeschaltete Meinung

Schon vor ein paar Jahren warnte der Schriftsteller Karl Weidinger in der Tageszeitung „Die Presse“ vor „Meinungsjacobinern“, die sich von Kritikern gestört fühlen könnten. Und weil dieses Establishment nicht bereit sei, eine sinnvolle Diskussion zu führen, würden die Medien angehalten eine Scheinwelt zu produzieren – alle, die nicht mitspielen, sollten den neuen „Gesinnungsterror“ zu spüren bekommen.

Weidinger schrieb 2012 in der „Presse“: „Eine selbst legitimierte Dressurelite gibt den Ton in der veröffentlichten Meinung vor. Und das wird immer weniger goutiert. Nur die vom eigenen Bazillus der Selbstherrlichkeit infizierten Medien glauben noch an die Inhalte. Obwohl in Zeitungsköpfen das ‚unabhängig‘ steht, wissen viele, daß jedes Medium sowohl von der Leserschaft wie auch von Inseraten abhängig ist. Nichts geschieht aus Selbstlosigkeit, alles ist Kalkül.“ In Österreich handelt es sich jährlich um etwa 200 Millionen Euro Inseratenvolumen für die privaten Massenmedien. In diesem Sinne berichten sie natürlich auch eher selten regierungskritisch, sondern schießen bevorzugt gegen die Opposition.

Weidinger stellte richtig fest, daß das Establishment zwar verschiedene Zeitungsetiquetten zur Verfügung stellen würde und verschiedenfarbige Parteien anbieten würde, aber: „Alle Parteien vertreten – angefeuert durch die harmonisierende Macht der Medien – zu den brennenden Fragen der Gegenwart wie Euro-Rettung, Genderpolitik und Frauenquote, Klima- und Energiepolitik, Zuwanderung oder Multikulturalismus eine nahezu identische gleich(geschaltete) Meinung. Die vorgeschalteten Non-Government-Organisationen (NGOs) bereiten das Feld auf. Ziviler Ungehorsam wird gerne als Zeichen von gesundem Demokratieverständnis gewertet – außer es handelt sich um Protest gegen Moscheebauten. Dann ist es vorbei mit dem Recht auf Bürgerbeteiligung oder Anrainer-Notwehr. Sogleich wird die Motivation ins rechte (extreme, radikale) Eck gestellt. Meinungsfreiheit endet dort, wo von der vorgegebenen Multikulturalismus-Doktrin abgewichen wird. Dann ist es schnell vorbei mit dem pluralistischen Demokratieverständnis. Abweichende Gesinnung wird zum Verbrechen.“

2012 war diese messerscharfe Analyse genauso treffend wie heute. In den letzten Jahren wirkte der Gesinnungsterror noch, die Ausgrenzung und die Diffamierung schüchterte viele Menschen noch ein. Das ist jetzt vorbei. Die Fassade des Establishments bröckelt und das so gerne belächelte Volk will keine Moralpredigten von jenen annehmen, die selbst abgehoben vom Elfenbeinturm aus herunter spucken. Der Ethik-Professor und Publizist Konrad Paul Liessmann: „Denn wenn solche Moralvorschläge von jenen kommen, die im Grunde nicht tangiert sind, die tatsächlich keine Sorge um den Arbeitsplatz haben, die von der Flüchtlingskrise nicht existenziell bedroht sind, die keine Abstiegsängste um ihre Kinder haben müssen, weil die ohnehin in Oxford oder Stanford studieren, dann wirkt das nicht sehr überzeugend.“

---

## Die Mindestsicherung - Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge

*Die vor wenigen Wochen veröffentlichten Zahlen zum Thema Wiener*

*Mindestsicherung bestätigen nicht nur, sondern übersteigen sogar sämtliche Befürchtungen.*

So haben 2016 36 Prozent mehr Asylberechtigte die Mindestsicherung erhalten als noch 2015 - das sind 42.847 Menschen, an die diese Sozialleistung ausbezahlt wurde. Der Anteil von subsidiär Schutzberechtigten und Asylberechtigten die Mindestsicherung beziehen beläuft sich nun auf 22 Prozent. Diese erschreckenden Zahlen müßten nun auch den letzten verträumten Willkommensklatichern die Augen öffnen, denn Wien kann sich diese Form der Entwicklungshilfe schlicht nicht leisten!

Für die Wiener Steuerzahler fallen enorme Kosten an, die niemals ins System zurückfließen werden. Schließlich gibt es bereits zahlreiche Studien und Expertenmeinungen, die bestätigen, daß nur ein minimaler Teil dieser Gruppe jemals am Wiener Arbeitsmarkt reüssieren wird können. So sind allein in Wien knapp 18.000 Asylanten arbeitslos. Die Chance, daß sie jemals einen Job finden werden, steht ob des minderen Qualifikationsniveaus schlecht. Folglich kann man davon ausgehen, daß Wien diese Wirtschaftsflüchtlinge dauerhaft durchfüttern muß. Der Wiener Vizebürgermeister Johann Gudenus dazu: „Wird diese fahrlässige Geldausschüttung an Wirtschaftsflüchtlinge nicht endlich beendet, wird die Bundeshauptstadt niemals den Weg aus den Schulden finden und ewig ein Magnet für sie bleiben. Die Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte muß umgehend gestrichen, in die Grundversorgung überführt und diese in Sachleistungen umgestellt werden.“

## **Erste reine Ausländerklasse in Wiener Neustadt – nach Linzer und Wiener „Vorbild“**

Otto-Glöckel-Schulen sind nach dem sozialdemokratischen Politiker der Ersten Republik, Otto Glöckel, benannt, der als Schulreformer ein Verfechter der Gesamtschule sowie ein Gegner von Bildungsprivilegien war. Heute benennen sich noch einige Volks- und Haupt- bzw. Neue Mittelschulen nach ihm, so auch eine aus Wiener Neustadt, welche die Schulmisere in Österreich besonders verdeutlicht.

### **Nur noch knapp 40 Prozent deutschsprachige Schüler**

Zuerst mal sitzt in dieser Wiener Neustädter Schule kein einziges Kind mehr mit deutscher Muttersprache in einer Vorschulklasse, wie Bürgermeister Klaus Schneeberger (ÖVP) bekanntgab. Insgesamt liegt der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in dieser Volksschule bei 80,33 Prozent.

Wiener Neustadt, die größte Schul- und Kindergartenstadt Niederösterreichs, liegt mit einem Migrationsanteil von etwa 23 Prozent im österreichischen Spitzenfeld, was sich im Besonderen in den Bildungseinrichtungen widerspiegelt. In fast der Hälfte der Kindergärten und fünf von acht Volksschulen liegt der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache bei über 50 Prozent. Insgesamt sind es in allen Schulen Wiener Neustadts nur noch knapp über 40 Prozent der Schüler, die Deutsch muttersprachlich beherrschen.

### **Bildungs-Niedergang in „Brennpunktschulen“**

So ist es nicht verwunderlich, daß Kindergartenpädagogen, Lehrer und Direktoren von katastrophalen Deutschkenntnissen berichten. Insbesondere an sogenannten „Brennpunktschulen“, wo an einen normalen Unterricht kaum mehr zu denken ist. Zu einer solchen Brennpunktschule zählt auch die Otto-Glöckel-Schule, in der eine dritte Volksschulklasse existiert, wo fast 94 Prozent der Kinder nicht deutschsprachig sind.

Daher muß auch Bürgermeister Schneeberger zugeben, „daß hier ein zielgerichteter Unterricht de facto nicht möglich ist“ und fordert eine verstärkte Förderung von derartigen Schulen bzw. Städten wie Wiener Neustadt. Dazu möchte er mehr Unterstützung vom Bildungsministerium in Form von Begleitlehrern und gezielter Sprachförderung.

### **Nährboden für spätere Arbeitslosigkeit**

Wenn man, laut Schneeberger, jetzt nicht reagiert, bekommt man ein Problem. Denn „die sprachlichen Defizite der Kinder sind der Nährboden für die Arbeitslosigkeit von morgen“.

Allerdings muß man sich fragen, was in dieser Thematik schulpolitisch in den letzten zwei Jahren in Österreich unternommen worden ist. Denn ein Bericht von unzensuriert.at brachte an den Tag, daß an einigen Linzer Schulen (darunter ebenfalls die Otto-Glöckel-Schule) sogar mehrere Klassen einen hundertprozentigen Ausländeranteil hatten und sicher auch noch haben. Von Wien ganz zu schweigen, wo es schon vor zehn Jahren - etwa im 5. oder 16. Bezirk - reine Ausländerklassen gab.

---

## **Wiener Freizeithalle nach Asylanterunterbringung teurer Sanierungsfall**

Mehr als ein Jahr lang waren in der „Sport & Fun“-Halle in Wien-Leopoldstadt Asylwerber untergebracht. Jetzt stehen Renovierungskosten von über 300.000 Euro an.

### **Sporthallen in Wien zweckentfremdet**

Bevor die Sport- und Freizeithalle „Sport & Fun“ als Asylanterquartier zweckentfremdet wurde, bot sie pro Jahr rund 60.000 Besuchern Gelegenheit, sich körperlich zu betätigen und gleichzeitig soziale Kontakte zu pflegen. Nach der rot-grünen Willkommenspolitik war damit allerdings fürs Erste Schluß. Michael Häupls Gäste mußten irgendwo untergebracht werden. So gingen mit dieser Halle und dem benachbarten Dusika-Hallenstadion sowohl dem Spitzen- als auch dem Breitensport gleich zwei Sportstätten verloren.

### **Halle muß saniert werden**

Wie FPÖ-Gemeinderat Dietrich Kops unzensuriert.at berichtet, müssen die Steuerzahler dafür, daß sie die Sporthalle über ein Jahr nicht benutzen konnten jetzt auch noch für deren Instandsetzung aufkommen. 336.000 Euro an Sanierungskosten wurden nun von der Wiener Stadtregierung veranschlagt, um die Halle wieder nutzbar zu machen und um sie ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zuführen zu können.

„Zuvor sind schon rund 400.000 Euro an Bewachungs- und Reinigungskosten angefallen; und jetzt werden die Steuerzahler ein weiteres Mal zur Kasse gebeten“, empört sich der Mandatar. Damit die Wiener Sportler ihre Halle möglichst bald wieder nutzen können, müsse man diesen neuerlichen Ausgaben aber zähneknirschend zustimmen.

---

## **ZITAT - Hagen Rether (Dt. Kabarettist, \* 1969)**

Alle vier Jahre regt sich der Wähler darüber auf, dass er im Wahlkampf angelogen wurde, - ist das nicht toll? Und die Politiker sagen im Wahlkampf immer: „Der Wähler ist viel klüger als man denkt. Man darf den Wähler nicht unterschätzen.“ (Hehehe). Der Wähler ist so dumm, daß es weh tut. Der Wähler will immer angelogen werden. Wenn du dem Wähler vorher die Wahrheit sagst, wirst du abgewatscht. Der Wähler will das gar nicht. Der ist viel dümmer, als man sich das vorstellen kann. Kein Mensch will vorher die Wahrheit hören. Der Wähler wählt immer nach seinem Portemonnaie, immer opportunistisch. Der Wähler möchte angelogen werden, damit er hinterher sich beschweren kann, daß er angelogen wurde. Das ist so ein Spiel, das ist so ein Muster, das sich alle vier Jahre wiederholt.

## Österreichisch oder Deutsch?

Auch die Werbung ist Teil des Fernsehens, sogar ein viel gesehener. Sie ist durch zahllose Vorschriften und Gesetze geregelt. Ungeregelt ist jedoch, welche Sprache darin verwendet wird. Das soll sich auch gewiss nicht ändern. Jedoch: Im öffentlich-rechtlichen Gebührenfernsehen sollte das etwas anderes sein. Denn als ein Hauptgrund, warum die Österreicher Gebühren für den ORF zahlen müssen, wird immer die Verteidigung der nationalen österreichischen Identität genannt.

Und zur österreichischen Identität gehört natürlich in vorderster Linie die österreichische Sprache. In Filmen, in Nachrichten und in der Werbung. Wenn dem ORF diese Sprache egal wird, dann sollten uns auch die Gebühren für den ORF egal werden.

Österreichisch gibt es in Filmen fast nur noch, wenn jemand durch breiten Dialekt als grenzintelligent abgestempelt werden soll. Die österreichische Hochsprache findet hingegen fast nicht mehr statt.

Ganz besonders schlimm ist es in der Werbung. Während früher deutsche Werbespots noch auf österreichisch übersetzt worden sind (oder international gedrehte auf deutschdeutsch und österreichisch), tut sich die knausrige Werbebranche das nicht mehr an. Heute werden die Kinder ununterbrochen mit Ausdrücken wie „lecker“, „hochgehen“ und „eine Eins“ entösterreichert. Besonders schlimm ist ein neuer Werbespot, in dem binnen weniger Sekunden sowohl die Formulierung „an Weihnachten“ wie auch das Wort „Rosenkohl“ (=Kohlsprossen) zu hören waren.

Darf man da zum Übersetzen zwingen? Ich meine: Ja, ein Gebührensender darf. Er muß sogar, wenn er weiter Gebühren kassieren will. Auch wenn ihm da vielleicht einmal ein Werbekunde entgehen sollte. Was freilich sehr unwahrscheinlich ist. Denn das Synchronisieren einer Stimme aus dem Off ist wirklich nicht teuer.

---

## Ablenkung nach ORF-Art

Es ist einer der größten Skandale der letzten Jahrzehnte in dieser Republik: In Wien wurde zehntausenden Menschen die Mindestsicherung ausbezahlt, ohne dass auch nur Angaben über die Staatsbürgerschaft erhoben worden wären. Bei zahllosen Fällen wurde sogar ausbezahlt, ohne dass überhaupt eine Akt zu finden ist. Und Menschen, deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, bekamen in Wien monatelang weiter die Mindestsicherung. Das alles (und noch viel mehr) hat der Rechnungshof aufgedeckt. Die Wiener Stadtverwaltung kann diese ungeheuren Anschuldigungen nicht einmal dementieren, weil offenbar alles stimmt. Sie musste sogar zugeben, dass „Probleme beim Vollzug“ bestünden. Der ORF jedoch hat das Thema blitzschnell verräumt. Und skandalisiert seit Tagen (wie immer Hand in Hand mit der SPÖ) eine Dienstreise des ÖVP-Innenministers, weil dieser dafür ein Charterflugzeug verwendet hat. Was der SPÖ-Bundeskanzler bei seinen Dienstreisen noch viel häufiger gemacht hat. Was in aller Welt bei fast allen ausländischen Ministern aus Zeitgründen seit langem üblich ist. Und was jedenfalls keine Rechtsverletzung ist.

Die Vorfälle in Wien hingegen stinken auf Kilometer gegen den Wind danach, dass da massiver Amtsmissbrauch und die Verschwendung von hunderten Millionen an Steuergeldern passiert ist. Wo aber die Stadtverwaltung bis heute offenbar keine Anzeige oder Suspendierung vorgenommen hat.

Ein neues Indiz für die Grundlinie der Fake-Berichterstattung des ORF: schnell von den wirklichen Skandalen ablenken. Und wenn sich schon niemand mehr über das Aufkochen einer 15 Jahre alten Abfangjäger-Story aufregt, dann wird halt der (eigentlich noch ältere) Charter-Fugzeug-Schmäh gespielt.

---

**Der Wiener Beobachter erscheint ab Folge 02/2017 nicht mehr postalisch, sondern nur noch als Welt-Netz-Zeitung - abrufbar unter <http://volksherrschaft.info/wiener-beobachter/>**

---

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 260** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \*

Verlagspostamt: 1170 Wien